

Zur Begehung von Straftaten im Zusammenhang mit rechtswidrigen  
Versuchen zur Übersiedlung in nichtsozialistische Staaten

Einschließlich der bereits im vorangegangenen Abschnitt erwähnten 30 übersiedlungsersuchenden Personen, wurden im Berichtszeitraum gegen insgesamt

360 Personen (1977 = 612 Personen),

die im Zusammenhang mit rechtswidrigen Übersiedlungsbestrebungen Straftaten begangen hatten, Ermittlungsverfahren bearbeitet.

Dabei traten im Vergleich zu 1977 folgende Erscheinungsformen auf:

	<u>1977</u>	<u>1978</u>
Personen, die Verbindung zu feindlichen Organisationen und Einrichtungen aufnahmen und ihnen teilweise Nachrichten zur Forcierung ihrer Feindseligkeit übermittelten (davon gleichzeitiges provokativ-demonstratives Auftreten)	229 37,4 % (59 = 9,6 %)	117 32,5 % (58 = 16,1 %)
Personen, die unter Einbeziehung staatlicher und internationaler Stellen, Einrichtung und Personen des nichtsoz. Auslands versuchten, ihre Übersiedlung durchzusetzen (davon gleichzeitiges provokativ-demonstratives Auftreten)	118 19,2 % (87 = 14,2 %)	81 22,5 % (32 = 8,9 %)
Personen, die ausschließl. durch provokativ-demonstrative Verhaltensweisen versuchten, die zuständigen staatl. Organe der DDR in ihrer Tätigkeit zu beeinträchtigen und eine Übersiedlung in die BRD zu erzwingen	45 7,4 %	37 10,3 %
Personen, die andere Straftaten, vorwiegend staatsfeindliche Hetze bzw. öffentliche Herabwürdigung, begingen	37 6,1 %	20 5,6 %